

Eine radikalfeministische Antwort auf den Gesetzesentwurf über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) 2023

Dieser Gesetzesentwurf ist ein Angriff auf die Menschlichkeit von Frauen und Mädchen. Er bemächtigt sich der Bedeutung der Wörter 'Frauen' und 'Mädchen', die einer objektiven und quantifizierbaren Realität entsprechen, unter denen Frauen und Mädchen im deutschen Gesetz anerkannt werden und unter denen wir uns organisieren. Wir fordern, diesen Gesetzesentwurf sofort zurückzuziehen, denn er steht im Widerspruch zu bestehenden Gesetzen für Frauen und Kinder.

Jahrtausendlang wurde Frauen und Mädchen das Menschsein in Gesetz und Geschichte verweigert und sie wurde stattdessen auf ihren Status als Bürger zweiter Klasse, mitunter weniger als das, von Männern verwiesen. In männlich-zentrierten Gesellschaften machen Männer die Regeln, regieren und verwalten die Staaten und schreiben die Geschichte. Männer stellten über die Zeit und um den Globus sicher, dass Frauen verschiedene untergeordnete Rollen entsprechend ihrer Nähe zu und Leistung für Männer einnahmen. Dieser Gesetzesentwurf, der Männern die legale Fiktion einräumt, ihr Geschlecht zu ändern und daher das gesamte Frausein in eine legale Fiktion verwandelt, ist noch ein weiteres Beispiel für Frauenverachtung von Seiten der Männer.

Wir ersuchen die Abgeordneten, sich die Meilensteine der Frauenrechte Deutschlands in Erinnerung zu rufen. In welchem Jahr durften Frauen die Universität besuchen (1900) und als Anwältin oder Ärztin praktizieren (1922)? Seit wann ist es illegal, dass Ehemänner ihre Ehefrauen vergewaltigen? (1997) Frauen in Deutschland haben noch immer nur beschränkt Kontrolle über ihre eigenen Körper; die Lösung dafür ist nicht die rechtliche Kategorie der Frau auszulöschen, indem sie sich jeder aneignen kann, sondern Schutz vor geschlechtsbasierter Unterdrückung je nach Kontext zu schaffen oder zu stärken und somit die Partizipation von Frauen in der Gesellschaft zu fördern.

Als Radikalfeministinnen kritisieren wir das SBGG aus folgenden Gründen:

Die gesetzliche Anerkennung von Frauen als Menschen ist der minimale Erfolg einer modernen Gesellschaft. Frauen sind eine Klasse von Menschen, die historisch aufgrund ihres Geschlechts unterdrückt wird und daher haben wir den Bedarf und das Recht uns zu benennen. Diese Macht der Benennung erlaubt uns, die Unterdrückung zu erkennen, die wir wegen unseres Geschlechts erfahren. Ohne dieses Recht verlieren wir auch die Macht, unsere gemeinsamen Erfahrungen als solche zu benennen oder uns als Klasse zu organisieren.

Das Geschlecht eines Individuums kann nicht durch eine Anmeldung, einen Sprechakt oder wegen persönlicher Gefühle auf logische oder rechtliche Weise geändert werden; Geschlecht ist eine Achse historischer Unterdrückung und hat daher Konsequenzen für weibliche Personen als Gruppe. Jedes Gesetz wie dieses, das so eine Anerkennung beabsichtigt, ist verantwortungslos. Des Weiteren führt dieses Gesetz das Konzept einer 'Geschlechtsidentität' ein, ohne Definition oder Erklärung, warum diese in die Kategorie Geschlecht integriert werden sollte.

Frauen sind keine Unterkategorie unserer eigenen Geschlechtsklasse. Das Geschlecht einer Person ist in jeder Zelle des Körpers über die DNA kodiert. Die Behauptung, dass ein Geschlecht geändert werden kann, ist eine Leugnung des offensichtlichen wissenschaftlichen Dimorphismus des Menschen.

Es ist weder medizinisch noch rechtlich sinnvoll, intergeschlechtliche Personen (ein veralteter Begriff für Varianten der Geschlechtsentwicklung, engl. DSD) mit einer anderen Gruppe zusammenzufassen. Solche Varianten sind verschiedene medizinische Merkmale, die gesundheitliche oder medizinische Unterstützung erfordern, während eine 'Geschlechtsidentität' keine medizinische Indikation ist, entgegen dieses Gesetzesvorschlags. 'Geschlechtsidentitäten' mit Varianten der Geschlechtsentwicklung in Verbindung zu bringen, verwischt die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen. Gleichzeitig erfordert die gesetzliche Anerkennung dieser Varianten keine Untergrabung von Frauenrechten.

Dieses Gesetz lässt viele Fragen unbeantwortet und verschiebt die staatliche Entscheidungsverantwortung auf Länder-, Gesetzes- oder Organisationsgruppen in Einzelfallbetrachtung. Dies ist ein hohles Gesetz, das moralische Werte zur Schau stellt, während es nicht erklärt, wie 'besondere' Regelungen gehandhabt werden, wie (1) Quotenregelungen, (2) Zugang zu (Schutz-)Einrichtungen und Veranstaltungen, (3) Bewertung von sportlichen Leistungen, (4) medizinische Versorgung, (5) der Fall von Spannung und Verteidigung, (6) das Eltern-Kind Verhältnis.

Die Deutung von 'Hass' in diesem Text ist fragwürdig und wird dazu verwendet, Kritik zu unterdrücken, einen Diskurs über die Thematik und evidenzbasierte Gesetzgebung zu blockieren. Entgegen demokratischer Werte werden durch das Gesetz Hindernisse errichtet, die die Untersuchung und Besprechung relevanter Themen aus rechtlicher, sozialer, medizinischer, wirtschaftlicher und philosophischer Perspektive verhindern.

Dieses Gesetz ignoriert die öffentliche Debatte über 'Geschlechtsidentität' und wie Frauen, die das Konzept kritisieren, zum Schweigen gebracht werden. Der Versuch, Feministinnen als Fanatikerinnen zu stigmatisieren, oder sie mit rechter anti-gender Politik in Verbindung zu bringen, ist eine arglistige Taktik, die öffentliche Debatte zu stoppen. Die Einschüchterung wird nicht gelingen. Frauen werden weiterhin über dieses Gesetz und seine eingebrachten Konzepte sprechen, denn es hat negative Folgen für Frauen und die gesamte Gesellschaft.

Frauen in Deutschland werden mit verschiedenen Formen von Unterdrückung und männlicher Gewalt konfrontiert, während die meisten davon unsichtbar bleiben oder unzureichend anerkannt werden. Der Gesetzentwurf gefährdet Frauen, indem ihr rechtlicher Status als bedeutungslos erklärt wird. Der Entwurf zeigt nicht, wie derzeitige Schutzmaßnahmen für Frauen und Mädchen und dafür vorgesehene Ressourcen NICHT untergraben werden. Migrantische und geflüchtete Frauen; Frauen, die Rassismuserfahrungen machen und Frauen, in prekären sozio-ökonomischen Situationen haben Bedarf an sozialen Diensten, Einrichtungen und Angeboten. Allerdings werden die Frauen, die die Ressourcen am meisten benötigen, auch am meisten von der Ressourcenknappheit, die der Entwurf des SBGGs beabsichtigt, benachteiligt.

Die Rechte, die Sicherheit und die Würde von Frauen dürfen nicht trivialisiert und mit Füßen getreten werden.

Radfem Kollektiv Berlin
frauen@radfemkollektivberlin.net
<https://radfemkollektivberlin.net/>